

Der Gesamtschulverband Niedersachsen zum Bax-Bönsch-Papier (Erziehung und Wissenschaft, Januar/Februar 2019, 4.1.19)

Michael Bax und Prof. Bönsch betiteln ihr Papier „Weiterentwicklung durch Feinjustierungen und Aufhebung von Benachteiligungen“ als „Problemaufriss“.

Sie sehen insbesondere potentielle Hauptschüler als Verlierer in Gesamtschulen, weil sie gegenüber den Schülern in Hauptschulen Nachteile erleiden müssten, die insbesondere in (im Vergleich) zu geringem Unterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik liegen würden.

Wie lassen sich nach Meinung der beiden Autoren die „Nachteile“ beheben? Mehr Förderunterricht in Deutsch und Mathematik für Schüler, die im 6. Jahrgang keine 2. Fremdsprache wählen. Mehr Fachunterricht für „potentielle Hauptschüler“ ab dem 9. Jahrgang, ein Praxistag ab dem 9. Jahrgang und mehr Freiheit bei der Ausgestaltung des Wahlpflichtunterrichtes.

Der Gesamtschulverband sieht sowohl die Beschreibung der Problemlage wie die Lösungsvorschläge der beiden Hannoveraner Autoren sehr kritisch. Positiv anzumerken ist natürlich, dass aus dem Text der beiden Autoren die Sorge um konkrete Schülerinnen und Schüler spricht.

Unsere Kritik beginnt mit der Beschreibung der „Problemlage“. Von einer Benachteiligung von potentiellen Hauptschülern an Gesamtschulen kann mit einem Blick in die Statistik nicht die Rede sein. So blieben im Schuljahr 2016/17 nach offizieller Schulstatistik an den Hauptschulen 12,8% des Abschlussjahrgangs ohne Abschluss, an Gesamtschulen 4,1 %. Die Behauptung vom „Schulversager“, wie ihn Bax/Bönsch für angeblich zu hohe Lernansprüche konstruieren, ist mit diesen Zahlen nun wirklich nicht zu halten. Auch die GGG sieht bei 4,1 % Abgängern ohne Abschluss Handlungsbedarf, ohne jedoch in Alarmismus zu verfallen.

Der Gesamtschulverband hinterfragt auch die Sprache, die beide Autoren wählen. Sie schreiben von „potentiellen Hauptschülern“.

An der Gesamtschule lernen Schülerinnen und Schüler, die am Ende ihrer Sek-I-Laufbahn einen Abschluss erhalten, der bundesweit anerkannt ist. Das kann auch ein Hauptschulabschluss sein, aber sie sind keine „Hauptschülerinnen und Hauptschüler“! Eine solche Kategorisierung könnte interpretiert werden, dass die Gesamtschule im Innern das dreigliedrige System widerspiegeln – und dies widerspricht der Konzeption der Gesamtschule einer individuellen Entwicklungsmöglichkeit von Schülerinnen und Schülern über bis zu sechs Jahren. Und mehr Unterricht z. B. im Fach Deutsch ohne entsprechende Sprachvorbilder ist auch kein Weg zur Verbesserung von Sprachkompetenzen. Heterogenität ist nach wie vor ein Schlüssel zum Erfolg und nicht ein Hindernis.

Auch wenn man sich die Stundentafeln der einzelnen Schulformen ansieht, ist keine Problemlage auszumachen. Hauptschüler erhalten 169 Wochenstunden Pflichtunterricht und 10 Wochenstunden Wahlpflichtunterricht; an IGS sind es ebenfalls 179 Stunden.

Die Argumentation der beiden, weniger Fachunterricht in Deutsch und Mathematik bedeutet eine hohe Benachteiligung kann die GGG nicht teilen. Wenn wir die pädagogische Diskussion der letzten 20 Jahre richtig verstanden haben, geht es um Kompetenzerwerb. Sprachliches Können erwirbt man aber doch nicht nur im Deutsch-Fachunterricht. Nur ein Beispiel: Warum gibt es an manchen/vielen Gesamtschulen z.B. solch ein wegweisendes Projekt wie die „Leseolympiade“, die im 5., 6. Und 7. Jahrgang jeweils über einige Wochen gehen kann und alle Fächer einschließt? Und sprachliche Kompetenz wird natürlich auch im naturwissenschaftlichen Unterricht erworben, z.B. beim Anfertigen eines Berichtes über ein geglücktes Experiment. Entscheidend ist, dass eine Schule über den Kompetenzerwerb über die Fächergrenzen hinaussieht und konzeptionell abstimmt. Hier muss auf – möglichst lange

offene – Schullaufbahnen geachtet werden. Und natürlich benötigen die Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Angebote und Lernzeiten.

Auch wenn man sich Einzelforderungen ansieht, weiß man nicht so recht, welchen Zweck sie erfüllen sollen. Z.B. die Forderung, dass in Jg. 5 die Lese- und Rechtschreibkompetenz getestet werden soll. Das wird sie doch! Und dann gibt es an den uns bekannten Schulen auch entsprechende Förderangebote.

Insbesondere werden die Ausführungen zur Benachteiligung bei der Berufsorientierung der Praxis sehr vieler Gesamtschulen nicht gerecht. Sehr viele Schulen haben inhaltliche Konzeptionen zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung entwickelt, die über einen vordergründigen quantitativen Vergleich von Stundenzahlen der verschiedenen Schulformen deutlich hinausgehen. Zu dieser Konzeption gehören ab Jahrgang 8 Betriebserkundungen, Projekttag zur Berufsorientierung, Besuche von Experten aus der Wirtschaft im Unterricht, intensive Bewerbungstrainings und als wichtiger Baustein auch das dreiwöchige Praktikum mit einer intensiven Vor- und Nachbereitung. Besonders das Konzept der Schülerfirmen, in der Schüler eine Geschäftsidee in eine betriebliche Praxis umsetzen und dabei betriebswirtschaftliche Erfahrungen sammeln, wird dem Anspruch der Handlungsorientierung, den die Autoren fordern, in hohem Maße gerecht. Insofern werden die Ausführungen der Autoren ihrem eigenen Anspruch auf Feinjustierung und Weiterentwicklung nicht gerecht. Die genannten Benachteiligungen sind in der Praxis der Gesamtschulen nicht existent.

Eingangs äußern sich die Autoren über einen „gemeinsamen Lernplan“ und führen dann fort, dass die IGS „aber auch eine differenzierende Schule“ sei. Gemeint sind wohl die curricularen Vorgaben, die aber mitnichten „alle über einen Kamm scheren“. Dazu bedarf es hier eigentlich keiner weiteren Ausführungen.

Auch andere Forderungen gehen ins Leere, weil sie bereits heute unter der aktuellen Erlasslage machbar sind, siehe z.B. die Möglichkeit zur Gestaltung des Wahlpflichtbereichs.

Der Blick, den beide auf eine Schülerklientel richten, die sich mit „Schule“ eher schwertut (vor allem mit herkömmlicher Schule und einengendem Fächerdenken), ist wichtig und richtig. Diese Schüler sind den Gesamtschulen genauso wichtig wie die mit besserem, leichterem, schnellerem Zugang zu Bildung. So gesehen ist der Beitrag der beiden zur „Weiterentwicklung und „Feinjustierung“ wichtig - nicht richtig sind Problembeschreibungen und Lösungsvorschläge.

Geringere Klassenfrequenzen und eine bessere personelle Versorgung - auch mit Förderlehrkräften – würden da schon eher weiterhelfen.

Andreas Meisner

Landesvorsitzender